

Handgiffenrede von Oberbürgermeister Boris Pistorius am 2. Januar 2007 im Friedenssaal des Rathauses

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie ganz herzlich hier im Friedenssaal unseres historischen Rathauses begrüßen und Ihnen ein friedliches und gesundes Jahr 2007 wünschen.

Mein besonderer Willkommensgruß gilt dem anwesenden Ehrenbürger, meinem Amtsvorgänger Hans-Jürgen Fip, den Möser-, Bürgermedaillen- und Ehrenringträgern, den Bundes- und Landtagsabgeordneten, Herrn Landrat Manfred Hugo sowie natürlich vor allem den Ratskolleginnen und -kollegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Handgiffentag in Osnabrück ist nach altem Brauch der Tag, an dem wir uns die Hände reichen, um dadurch zum Ausdruck zu bringen, dass wir gemeinsam dem Allgemeinwohl verpflichtet sind und uns auch im neuen Jahr dieser Aufgabe mit Tatkraft widmen wollen. Dies ist seit Jahrhunderten so, auch wenn es heute keine Wahl mehr ist, die vorausgeht, und sich die Rahmenbedingungen insgesamt verändert haben. Nach wie vor hat der Tag aber eine unverwechselbare Bedeutung. Seit vielen Jahren wird an diesem Tag durch Reden, die sich mit Rück- und Ausblick beschäftigen, die Stadtgeschichte in gewisser Weise „fortgeschrieben“ und alle Beteiligten bekräftigen den guten Willen, sich für die Stadt zu einzusetzen. Der „Handgiffentag“ ist somit ein wertvolles Symbol des Engagements der Politik für die Kommune.

Auch gerade dieses Jahr – und wohl auch die kommenden - wird von uns allen die eben genannte Tatkraft erfordern, um Entscheidungen zu finden und zu treffen, die dem Allgemeinwohl dienen, unserer Stadt nutzen und zum Vorteil für die Osnabrückerinnen und Osnabrücker sind.

Das kann uns aber nur gelingen, wenn wir die Gemeinsamkeit unserer Ziele über unterschiedliche Meinungen in Einzelfragen stellen. Auch das werden wir uns gleich versichern, indem wir uns die Hände reichen. Und die gemeinsame Tatkraft ist auch

notwendig, weil dringende Aufgaben Weichenstellungen erfordern, die für die Stadtentwicklung wichtig sind:

So werden wir uns mit den weit reichenden Konsequenzen des Abzugs der britischen Streitkräfte konkret zu beschäftigen haben, um diesen historischen Vorgang optimal für die Stadtentwicklung zu nutzen.

Auch das Thema „Haushaltskonsolidierung“ wird uns die kommenden Wochen beschäftigen. Mehrfach hatte ich bereits angekündigt, dass sich der Verwaltungsvorstand im Rahmen einer ganztägigen Klausur mit diesem Thema beschäftigen wird, um Prioritäten, Möglichkeiten und Grenzen der Haushaltskonsolidierung für den Rat vorzubereiten. Wunder darf man davon selbstverständlich nicht erwarten. Ich hoffe aber, dass wir auf diese Weise mehr Transparenz und eine nachvollziehbare und geordnete Struktur für diese politischen Beratungen vorbereiten können. Entscheidend wird sein, ob es uns gelingt, auf dem schmalen Grat zu gehen zwischen simplem Sparen, das Strukturen gefährdet, und einer Setzung von Prioritäten.

Und doch muss uns allen klar sein: Uns am eigenen Schopf aus dem Schulden-Sumpf zu ziehen, wird uns nicht gelingen – wie sollte es auch.

Zurzeit hören wir überall Seufzer der Erleichterung über das gestiegene Steueraufkommen. So ist auch das Gewerbesteueraufkommen bundesweit um 5 Milliarden Euro gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung von etwa 17 Prozent. Eine schöne Entwicklung.

In Osnabrück und anderen Städten ist diese Steigerung aber deutlich geringer ausgefallen. Hier lag sie bei zirka 10 Prozent - also etwa 7 bis 8 Millionen. Euro.

Nun wird landauf, landab von neuen Investitionsmöglichkeiten gesprochen, die sich aus den sprudelnden Quellen ergäben. Sogar von der Sanierung der Kommunen ist hie und da die Rede. Dabei wird nur leider immer gerne übersehen, dass einem Gewerbesteueraufkommen von zirka 30 Milliarden Euro bundesweite kommunale Kassenkredite in vergleichbarer Größenordnung gegenüberstehen. Kredite, die in kaum einer Schuldenbilanz auftauchen, da sie in den genehmigten Haushaltsplänen nicht erscheinen. Dabei verkörpern diese Kredite die schlimmste Form von Schulden, da sie nicht für Zukunftsinvestitionen aufgenommen werden, sondern für die Erfüllung laufender Zahlungspflichten. Ihnen stehen keine neuen Vermögenswerte gegenüber.

Deshalb: Die finanzielle Krise der Kommunen ist nicht behoben!

Daher müssen auch weiterhin gegenüber Bund und Land mit allem Nachdruck alle eventuellen Bestrebungen zurückgewiesen werden, eigene Haushaltsprobleme oder die Erfüllung eigener Aufgaben auf die Kommunen abzuwälzen.

Ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit:

Das geänderte Gesetz zur Änderung des SGB II und des FAG-Gesetzes: Danach erhalten die Kommunen lediglich einen Anteil von 31,2 Prozent für die Kosten für Unterkunft und Heizung. Bei der Aufstellung des Haushalts für 2007 waren wir von einem Anteil von 31,8 Prozent ausgegangen. Für Osnabrück bedeutet das Mindereinnahmen von 176.000 Euro, ohne dass irgendjemanden hier im Raum dafür die Schuld trifft.

Deswegen ist es auch nach meiner Ansicht unverzichtbar, dass die Kommunen über ihre Spitzenverbände an der zweiten wichtigen Stufe der Föderalismus-Reform aktiv an den Verhandlungen beteiligt werden!!

Christian Ude, Präsident des Deutschen Städtetages, hat zu Recht darauf hingewiesen, dass eine Vertretung kommunaler Interessen allein durch die Länder nicht der richtige Weg zu einem gerechten Ausgleich sein könne.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

all dies entbindet uns nicht davon, unsere Hausaufgaben zu machen und die strukturellen Defizite in Angriff zu nehmen. Es macht aber auch deutlich, dass Generationengerechtigkeit – verstanden als Verpflichtung, keine Schulden zu hinterlassen - nicht ganz so einfach umzusetzen ist, wie es der eine oder andere glauben mag.

Sie ist in doppeltem Sinne zu verstehen: Auf der einen Seite gilt es, den nachfolgenden Generationen so wenig Schulden wie nötig zu hinterlassen. Auf der anderen Seite stehen wir in der Verantwortung, die Strukturen und damit die Zukunftsfähigkeit unserer Städte zu sichern, für soziale Gerechtigkeit und damit für ein friedliches Miteinander und auch für Bildung und Innovation und damit für Wohlstand und Entwicklung zu sorgen. Und das geht nicht mit dem Rotstift allein.

Meine Damen und Herren,

bei allen schwierigen Entscheidungen, die wir in den kommenden Monaten zu diskutieren haben, sollten wir aber nicht ein Jubiläum vergessen, dem auch Osnabrück letztlich seine Entwicklung zu einer modernen Großstadt zu verdanken hat: Ich meine die Unterzeichnung der Römischen Verträge vor 50 Jahren. Dass Deutschland gerade zu Beginn dieses Jubiläums die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat, ist zwar nur ein historischer Zufall, aber doch ein schönes Zeichen für die Selbstverständlichkeit, mit der von Deutschland eine konstruktive Rolle in der europäischen Entwicklung erwartet wird. Dieses Jubiläum darf heute nicht unerwähnt bleiben, weil eben auch Osnabrück das Ziel der Gründerväter – die Mitgliedstaaten mögen zusammenwachsen und ihre Grenzen abbauen – mit Leben gefüllt hat:

Die römischen Verträge hätten nie zu dem werden können, was sie geworden sind, wenn nicht die zahlreichen Städtepartnerschaften in ganz Europa vertrauensbildende Kontakte ermöglicht hätten, die Menschen der folgenden Generationen zusammengeführt hätte. Was für uns bereits einigermaßen selbstverständlich geworden ist, war für die europäischen Politiker 1957 eine Vision: ein Europa des Friedens; ein Europa ohne innere Grenzen, mit einer Währung.

Ein Europa, in dem die unterschiedlichen Kulturen einen regen Austausch pflegen, um sich wechselseitig zu befruchten, statt gegeneinander in den Krieg zu ziehen.

Ein Europa, in dem junge Menschen wie selbstverständlich in Europa studieren und arbeiten, sich immer häufiger auch als Europäer fühlen.

Es gehörte schon großer Mut und ebensolche Weitsicht dazu, dass Länder, die nur wenige Jahre zuvor von Hitler-Deutschland überfallen worden waren, mit eben diesem Land gemeinsame Sache machten. Gemeinsame Sache, um einen Weg zu ebnen, dessen Ziel die europäische Identität war und ist.

Das war so unglaublich mutig, weil die Folgen des Krieges ja noch überall zu sehen und zu fühlen waren. Im zweiten Stock des Rathauses sind Fotografien ausgestellt, die das Nachkriegs-Osnabrück jener Jahre zeigen. Die Narben waren ja noch längst nicht verheilt

und trotzdem waren die ehemaligen Feinde bereit, einen Pakt zu schließen, der den Frieden in Europa und wirtschaftliche Prosperität sichern sollte.

Dass Deutschland vor 50 Jahren zu den Gründerstaaten gehörte, ist für uns eine historische Selbstverständlichkeit, muss aber für die damaligen Akteure die Herausforderung – und für manche sicher auch die Zumutung - schlechthin gewesen sein: Sie haben sich über das allgegenwärtige Misstrauen hinweggesetzt, um ihre Vision von einer europäischen Gemeinschaft auf den Weg zu bringen. Es ist nicht vielen Träumen vergönnt, vor der harten Wirklichkeit zu bestehen und diese sogar zu gestalten. Dieser Traum hat aber eine Wirkungsmacht entfaltet, ohne die das moderne Europa überhaupt nicht vorstellbar wäre. Und so wäre es ein unverzeihlicher Fehler, wenn angesichts der berechtigten und oftmals auch unberechtigten Kritik an der EU ihre Leistungen und Vorzüge für die Menschen aus dem Blick geraten würden. Das wäre umso bedauerlicher, als die EU in den vergangenen fünf Jahrzehnten durch ihre integrative Kraft die friedliche Entwicklung und Erweiterung unseres Kontinents gewährleistet hat. Das ist kein abstrakter Vorgang einer irgendwie ungreifbaren Behörde in Brüssel, sondern eine aus Freiheit gewollte Entscheidung von Menschen gewesen, die eine Vision für ein demokratisches und friedlich-vereintes Europa hatten.

Ich bin mir nicht sicher, ob Historiker versucht haben, die Entwicklung Europas in einen Bogen zwischen dem Westfälischen Frieden von 1648 und den Römischen Verträgen einzuspannen. Für Osnabrück wäre es jedenfalls sehr interessant zu prüfen, ob dieser genannte Bogen für eine historische These ausreichend belastbar ist. Wir könnten dadurch viel über unsere Stadt, Europa und unsere Geschichte lernen. Vielleicht ein Thema für die Friedensgespräche in diesem Jubiläumsjahr?

Auch wir Osnabrücker stehen noch am Anfang eines Lernprozesses, der uns noch sensibler für den europäischen Gedanken machen muss. Dabei werden uns unsere Städtepartnerschaften und unsere beispielhafte Institution der Städtebotschafter auch in Zukunft sehr hilfreich sein. Im kommenden September werde ich übrigens an einem Symposium der Stiftung „Lebendige Stadt“ in Berlin teilnehmen, das sich unter anderem mit dem Thema „Städtepartnerschaften“ befassen wird, und ich werde über unser „Modell“ als best-practice-Beispiel berichten und an einer Podiumsdiskussion teilnehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor dem Hintergrund der genauso spannenden wie offenen Frage, wie sich die Gespräche zwischen der EU und der Türkei weiter entwickeln werden, sollten wir unsere Partnerschaft mit Canakkale weiter ausbauen.

Brücken haben wir ja schon nach den Namen unserer Städte benannt. Vielleicht können wir aber auch eine – wenn ich so sagen darf – kulturelle Brücke des europäischen Geistes bauen: Wir hatten erst vor wenigen Wochen im Gebäude der Sparkasse eine Ausstellung mit Ausgrabungsstücken aus Troja gezeigt: sicher nur ein kleines Projekt von lokaler Bedeutung. Bedenkt man aber, dass die Schlacht, die dort geschlagen worden ist, von Canakkale nicht viel weiter entfernt liegt, als Kalkriese von Osnabrück, dann spürt man sofort, dass hier noch ein kulturelles Entwicklungspotenzial für beide Regionen gleichsam im Boden verborgen liegt. Wir können es heben, um den Blick frei zu machen für zwei extreme Wendungen der Geschichte und deren Verarbeitung im kulturellen Gedächtnis unseres Kontinents. Vielleicht bekommt dieser Gedanke durch das bevorstehende 2000-jährige Jubiläum der Varusschlacht in Kalkriese genügend Auftrieb unter die Flügel, um sich zu einem konkreten Projekt zu verdichten.

Apropos Varusschlacht: Da hat es ja in den vergangenen Wochen einen Streit gegeben, der viel Staub aufgewirbelt hat, der seinerseits wiederum auf einen Bericht im „Spiegel“ zurückgeht, der schon einige Monate alt ist. Manche Böller haben eine erstaunlich lange Zündschnur, um dann als Knallfrosch nach einigen Hopsern zu verglühen. In diesem Bericht wurden wieder einmal von angeblich „kompetenter“ Seite Zweifel darüber geäußert, ob denn Kalkriese tatsächlich der Ort der Varusschlacht ist. Meine Damen und Herren, für mich ist das kein Streit in der Sache, sondern ein Streit der Meinungen. Wenn dieser aufgewirbelte Feinstaub, der zum Glück keine gesundheitlichen Schäden hinterlässt, verweht ist, dann sehen wir wieder auf das, was der Fall ist: Arminius und Varus sind einander auf fatale Weise in Kalkriese begegnet – das Denkmal mag stehen, wo es will!

Meine Damen und Herren,

es sind meiner Auffassung nach drei Ereignisse gewesen, die den Rhythmus des vergangenen Jahres in unserer Stadt bestimmt haben:

Vor über 20 Jahren hatte sich Osnabrück um die Ausrichtung des Internationalen Hansetages 2006 beworben. Ich erinnere an die vier Tage im Juni des vergangenen Jahres: Wenn auch Sie sich unter die Besucher des Hansetages gemischt haben, dann werden Sie mir zustimmen: das waren glückliche Tage für Osnabrück. Das waren wieder einmal schöne Momente in unserer Stadt. Europa war zu Gast in der Friedensstadt und wir Osnabrücker haben diese tolle Chance genutzt, uns und unsere Stadt den Gästen zu präsentieren. Musik aus den zahlreichen alten Hansestädten erklang in der Altstadt, in unterschiedlichen Sprachen parlierten die Menschen miteinander, Städte stellten sich vor, von denen manch einer zuvor vielleicht nicht einmal die geographische Lage gekannt hatte. Bei schönstem Wetter zeigte Osnabrück seinen Gästen eine Unbeschwertheit, die der ein oder andere uns „westfälischen Niedersachsen“ gar nicht zugetraut hatte. Es war ein Gefühl wie, ja, was soll ich sagen: - es bietet sich eigentlich nur ein Vergleich an - fast wie ein wenig „Fußballweltmeisterschaft“.

Dass diese Veranstaltung so vorzüglich gelungen ist, haben die zahlreichen Reaktionen der Delegationen gezeigt. Es ist sicher nicht übertrieben, wenn ich rückblickend feststellen darf, dass unsere Gäste in der Friedensstadt Osnabrück einen der schönsten Hansetage der Neuzeit erlebt haben – und das ist kein Eigenlob, sondern die zentrale Aussage unserer Gäste.

Ich darf mich daher an dieser Stelle noch einmal bei meinem Vorgänger im Amt bedanken, der mit einem kleinen Team der Verwaltung diese Großveranstaltung so treffsicher vorbereitet hat. Auch Karin Jabs-Kiesler und Carl Möller – unsere Hansebeauftragten – möchte ich an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, - haben sie doch durch ihr Engagement den Hansegedanken sozusagen nach Osnabrück getragen. Neben zahlreichen Reportagen und Berichten war diese Veranstaltung dem NDR immerhin eine knapp 90-minütige Live-Sendung wert. Wer weiß, wie schwierig das hinzubekommen ist, wird diese Sendung auch als Kompliment an die Stadt empfunden haben. Die Leistungsstärke unserer Stadt war gerade deswegen so beeindruckend, weil die Mühe der Vorbereitung und die Anstrengung der Organisation während des Festes nicht mehr zu spüren waren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

im Juni des vergangenen Jahres standen der Kommunalwahlkampf und der Wahlkampf der Oberbürgermeisterkandidaten bereits voll unter Dampf. Und damit bin ich bei dem zweiten Ereignis, das den Rhythmus des vergangenen Jahres bestimmt hat. Ich weiß nicht mehr

genau, wie oft die Kandidaten zu dem Zeitpunkt schon in Diskussionsveranstaltungen aufeinander getroffen waren, um auf Fragen, die immer weniger Überraschungen boten, entsprechend scharfsinnige Antworten zu geben. Schon damals konnte ich meine Familie fast seltener treffen, als meine Konkurrenten, denen es sicher nicht anders gegangen ist. Sicher hatten die Kandidaten den Verlauf, die Zahl der Diskussionsveranstaltungen und die Art der veröffentlichten Artikel nicht nur selbst in der Hand. Was mussten wir aber alles machen: Kinderfotos raussuchen, Skaten sollten wir, Hobbys nennen, Malen, Zeichnen und Fotografieren und uns nicht zuletzt sogar als Kurzschläfer outen: Als würde die Wahl derjenige gewinnen, der die wenigsten Stunden nachts im Bett verbringt. Absurd! Vielleicht hätten wir zu der ein oder anderen Anforderung einfach nur NEIN sagen sollen. Erich Kästner hätte uns jedenfalls mit seinem wundervollen Motto den Rücken gestärkt:

*„Was auch immer geschieht:
Nie dürft ihr so tief sinken
Von dem Kakao, durch den man euch zieht,
auch noch zu trinken.“*

Vielleicht hatten wir auch die Veränderung der medial getrimmten Öffentlichkeit nicht so verinnerlicht, wie es nötig gewesen wäre. Was wurde alles an uns herangetragen, stets von dem Argument begleitet, das würde die Wählerinnen und Wähler interessieren und nur so ließe sich überhaupt noch Interesse am Wahlgang erzeugen. Mit welchem Erfolg haben wir gesehen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einmal das Bild des Marathonlaufs bemühen, das jedoch um einen wichtigen Bestandteil ergänzt werden muss: Ein großer Teil des Publikums, derjenige nämlich, der erst später am Einlauf wartet, bekommt den Startschuss überhaupt nicht mit. Nach nur wenigen Metern ebbt dann auch das anfängliche Interesse schnell ab und es folgen viele, viele Kilometer, auf denen man mehr oder weniger unter sich ist, was immerhin das ein oder andere unbeobachtete Schwätzchen erlaubt. Erst kurz vor dem Ziel verdichtet sich dann wieder das Interesse. Viele kommen hinzu, die gewissermaßen eine eigene Einladung brauchten, um darüber informiert zu werden, welches Spektakel sich da gerade ereignet.

Aus heutiger Sicht würde ich für den nächsten Wahlkampf empfehlen, statt der Langstrecke über einsame Bundesstraßen doch eher eine solide Mittelstrecke im Stadion zu wählen, wo

die Zuschauer vom Startschuss bis zum Endspurt mehr oder weniger versammelt bleiben, um den sportlich konkurrierenden Politikern über die ganze Strecke zu applaudieren. Zum Glück, habe ich nach dem Wahlkampf hin und wieder gedacht, war es dann eben doch nur ein Marathon ohne Doping-Verdacht und A- und B-Proben und eben keine Tour de France, wo sich die Konkurrenten ständig auf irgendwelchen Toiletten ein Stelldichein geben mussten, um dann böse Überraschungen zu erleben.

Man kann heute gewiss noch keine Prognosen abgeben, wie sich die Öffentlichkeit in fünf Jahren für die Kommunalwahl ohne OB-Wahl und in acht Jahren für die OB-Wahl ohne Kommunalwahl interessieren wird. Sofern alle so lange durchhalten, wie es das Gesetz vorsieht, werden nach der Niedersächsischen Gemeindeordnung erst im Jahre 2046 Kommunal- und Oberbürgermeisterwahl wieder zusammentreffen. Ob die unterschiedlich langen Perioden von Oberbürgermeister und Rat tatsächlich unsere kommunale Demokratie stärken, wird abzuwarten sein. Ich bin insoweit viel zuversichtlicher als andere. Zum einen gibt es jahrzehntelange Erfahrungen in den süddeutschen Ländern. Vor allem aber bin ich der Überzeugung, dass es auf die Leistungsfähigkeit der Kommunalpolitik ankommt und nicht auf deckungsgleiche Perioden.

Meine Damen und Herren,

die Stärke unserer Demokratie hängt wesentlich davon, wie die Bürgerinnen und Bürger ihre politischen Vertreter akzeptieren. In zahlreichen Gesprächen bei ganz unterschiedlichen Anlässen musste ich mir immer wieder anhören, dass die Bürgerinnen und Bürger weder parteipolitisches Gezänk noch die Pflege persönlicher Differenzen billigen.

In der letzten Woche wurde eine neue Umfrage veröffentlicht: Es sind Zahlen, die über ein zerrüttetes Verhältnis zwischen Bürgern und Politik Auskunft geben: Nur 18 Prozent der Deutschen sind nach einer Umfrage des Forsa-Institutes der Meinung, dass in Deutschland „das Volk etwas zu sagen hat“. Die überwältigende Mehrheit von 82 Prozent der Deutschen ist dagegen der Auffassung, dass „auf die Interessen des Volkes keine Rücksicht“ genommen wird. In Ostdeutschland teilen sogar 90 Prozent der Bürger diese Auffassung. Noch nie war die Kluft zwischen Politik und Bürgern so tief.

Nur wenige glauben noch, durch Wahlen Einfluss ausüben zu können.

Mit dem politischen System, wie es im Grundgesetz festgelegt ist, sind der Umfrage zufolge 36 Prozent der Deutschen unzufrieden, mit dem tatsächlichen Funktionieren des Systems sogar 61 Prozent. In Ostdeutschland ist sogar eine Mehrheit von 51 Prozent mit dem politischen System unzufrieden und 79 Prozent mit dessen Funktionieren.

Dieses Umfrageergebnis stimmt nachdenklich. Es beunruhigt.

Wenn ein solches Umfrageergebnis zustande kommt, obwohl es so viele Menschen gibt, die selbst noch andere Systeme erlebt haben, Systeme ohne individuelle Freiheiten und Rechte, was denkt dann erst die nächste Generation über die Demokratie und ihr Funktionieren? Die Generation, die vermeintliche Alternativen nur aus dem Fernsehen und bestenfalls aus dem Unterricht und aus Büchern kennt? Wie viele Menschen engagieren sich dann noch in einem System, von dessen Funktionieren sie nicht überzeugt sind? Und welche von ihnen tun es?

Ein solches Bild, wie es diese Umfrage widerspiegelt, hat viele Ursachen. Erscheinungsbild von Politik und Politikern, die Undurchschaubarkeit politischer Entscheidungsprozesse, das Nicht-Einhalten gemachter Wahlversprechen, die Enttäuschung zu hoch gesteckter Erwartungen – all das trägt zu solchen Entwicklungen bei.

Die verstärkte Beschränkung auf eigene Interessen bei jedem Einzelnen und darauf, dass viele vor allem Politik auch zu ihrem Vorteil gemacht haben wollen, verstellt aber eben auch den Blick auf das, was politisch nötig ist. Und Politik drückt sich gerne darum, die Dinge beim Namen zu nennen, wohl auch in der Angst, darauf festgenagelt oder bei den nächsten Wahlen dafür abgestraft zu werden. Daran wird aber auch die Verantwortung jedes einzelnen Bürgers, jeder einzelnen Bürgerin deutlich:

Die Verantwortung dafür, sich die Mühe zu machen, sich mit den Dingen auseinander zu setzen.

Die Verantwortung dafür, das Kreuz am Wahltag nicht demjenigen zu geben, der am meisten verspricht, um dann voller Entrüstung nach der Wahl die gebrochenen Wahlversprechen zu beklagen.

Die Verantwortung dafür, Demokratie zu leben.

Und Demokratie lebt vor allem davon, dass sich zu ihr bekannt wird, dass jeder sich als Teil des Ganzen betrachtet und jeder seinen Teil dazu beiträgt, dass es möglichst allen und

damit wieder jedem Einzelnen gut geht. Wird dies erreicht, schafft dies auch die notwendige Identifikation mit der Demokratie.

Meine Damen und Herren,

aber – bevor hier ein falscher Eindruck entsteht: Die Hauptverantwortung tragen wir, die wir Politik gestalten, auf welcher Ebene auch immer.

Nur wir selbst können etwas gegen die weit verbreitete Politikverdrossenheit tun, die sich, wie mir scheint, in Staatsverdrossenheit zu verwandeln droht. Um wieder mehr Glaubwürdigkeit zu erhalten, müssen wir sicher alle über unseren Schatten springen.

Ich bin davon überzeugt, die Bürgerinnen und Bürger tragen alle Entscheidungen ihrer Repräsentanten mit, wenn diese sachlich begründet sind.

Meine Damen und Herren,

vor dem Hintergrund des eben Gesagten komme ich nun zum dritten Punkt, den ich in meinem Rückblick nicht unerwähnt lassen kann. Ich meine die Auseinandersetzung um die Ausrichtung der Bundesgartenschau. Ich werde jetzt selbstverständlich nicht noch einmal alle Pro- und Contraargumente wiederholen. Zum Schluss lagen ja alle Karten auf dem Tisch und keiner hatte mehr ein geheimes Ass im Ärmel. Mit der Ratsentscheidung vom November, eigentlich aber schon früher, war das Spiel vorbei. Statt auf den Streit möchte ich an dieser Stelle eher auf das Verbindende zu sprechen kommen, was vielleicht auch die Leidenschaft erklärt, mit der um das Für und Wider gerungen worden ist. Alle waren der festen Überzeugung, und haben das auch – jedenfalls ganz überwiegend - der jeweils anderen Seite zugebilligt, das Beste für das Wohl der Stadt Osnabrück zu wollen.

Die Entscheidung ist in der Novembersitzung des Rates gefallen und vielleicht werden auch einige Befürworter einer BUGA in Osnabrück bei sich denken, dass eine knappe Entscheidung gegen die Durchführung dann doch besser ist, als eine knappe Entscheidung für diese Großveranstaltung, die meiner Meinung nach nur dann zu schultern gewesen wäre, wenn eine überzeugende Mehrheit der Bürgerschaft und ihrer politischen Vertreter dahinter steht.

Vor allem sollten wir uns aber nun davor hüten, den vermeintlichen Imageschaden zu kultivieren. Und wir sollten dem politischen Reflex widerstehen, daraus Kapital zu schlagen.

Meine Damen und Herren,

im Sinne der eben angeführten Einigkeit in diesem Streit möchte ich Sie jetzt noch einmal herzlich bitten, diese Entscheidung zu akzeptieren, wie sie ist, damit wir alle unsere Kraft sinnvoll in Entwicklungsprojekte unserer Stadt investieren. Gerade im Hinblick auf die schwierigen Verhältnisse im Rat ist diese Einigkeit in den Grundüberzeugungen nötig, um die vor uns liegenden Herausforderungen anzugehen. Denn wir müssen gemeinsam die richtigen Akzente setzen, um in der deutlich sich verschärfenden Konkurrenz der Städte zu bestehen. Daher muss es uns gelingen, den Abzug der britischen Streitkräfte für Projekte der Stadtentwicklung zu nutzen, die die Strahlkraft Osnabrücks weiter verbessern. Dazu gehört dann selbstverständlich auch die Weiterentwicklung des Landschaftsparks Piesberg.

Auf jeden Fall müssen wir die Lebensqualität unserer Stadt und die Qualität als Wirtschaftsstandort weiter ausbauen, denn die Konkurrenz schläft bekanntlich nicht. Als Wirtschaftsstandort hat Osnabrück schwierige Veränderungen zu verkraften, bietet aber dennoch vorzügliche Voraussetzungen.

Sie kennen alle die Schwierigkeiten, die Karmann zurzeit zu lösen hat. Bei einem Besuch in der Transfergesellschaft vor wenigen Tagen habe ich mir selbst ein Bild machen können und den Eindruck gewonnen, dass hier bei der Vermittlung von neuen Jobs sehr gute Arbeit geleistet wird.

Wir sollten aber nicht nur auf die Großen in Osnabrück achten. Ein starkes Potenzial liegt auch bei den zahlreichen kleinen Firmen, die innovative Produkte entwickeln, deren Namen wir kaum in der Lage sind, auszusprechen. So zum Beispiel die Ionovation GmbH von Dr. Dartsch und Dr. Gall. Soweit ich deren Arbeit verstanden habe, sucht dieses Unternehmen im Bereich der Nanobiotechnologie sehr spezielle Lösungen für die pharmazeutische Forschung. Mit Hilfe der von diesem Unternehmen entwickelten Methode können potenzielle Medikamente so getestet werden, dass diese dann schneller auf den Markt gebracht werden. Bei diesem Verbundprojekt arbeiten Universität Osnabrück, die börsennotierte Biotechnologiefirma Evotec OAI AG in Hamburg und die Abteilung „Nano-Biophotonik“ des Max-Planck-Institutes für physikalische Chemie in Göttingen zusammen. In Osnabrück laufen die Forschungen unter Federführung von Dr. Carsten Gall zusammen.

Oder sagt Ihnen die DIS GmbH von Dr. Dehn etwas? Diese Firma hat die Software für ein Notrufsystem entwickelt, das über GPS gesteuert wird. Die Notfallaktivierung erfolgt über eine SOS-Taste oder, wenn der Verletzte selbst nicht mehr aktiv werden kann, nach 30 Sekunden absoluten Stillliegens automatisch über eine passive Alarmauslösung. Der Standort des Verletzten wird über GPS festgestellt. Dieses System kann daher in allen Notfällen eingesetzt werden.

Oder wissen Sie, was eine Absorptionskälteanlage ist? Das Centrum für Umwelt und Technologie, Fachhochschule Osnabrück, Solar Service und Phönix-Sonnenwärme AG haben mit Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt dieses Produkt entwickelt, das sich im solartechnischen Bereich einsetzen lässt. Mit dieser thermischen Anlage lässt sich im Sommer ein Haus kühlen, im Winter unterstützt sie die Heizung.

Meine Damen und Herren, diese wenigen Beispiele zeigen, dass in unserer Stadt zahlreiche hochtechnische Produkte entwickelt werden, die für ganz spezielle Marktsegmente eine wichtige Aufgabe übernehmen können - die Potenziale für die weitere Entwicklung des Standortes Osnabrück haben.

Ich glaube, dass auch dieser Bereich in der eben erwähnten Konkurrenz der Städte ein wichtiger Standortfaktor ist, den wir besser vermarkten müssen. Wie gründerfreundlich ist eine Stadt? Was können wir tun, um dieses Wissenspotenzial am Hochschulstandort Osnabrück zu halten und weiteres anzuziehen? Unterstützt und moderiert eine Stadt Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen?

Ich bin der Überzeugung, dass wir uns nicht zu verstecken brauchen, und dass wir gerade deswegen mehr dafür tun sollten, diese Qualität auch bekannt zu machen.

Denn wir können es uns selbstverständlich nicht leisten, dass mehr Wissen und fachliche Qualifikation aus unserer Region abfließt als wir über Ausbildungsgänge selbst erzeugen. Das ist auch deswegen eine paradoxe Situation, weil Unternehmen ja wieder bereit sind, qualifizierte Nachwuchskräfte einzustellen. Wenn sich in dieser Situation Unternehmen, Hochschulen, Stadt und Landkreis Osnabrück zusammentun, um gemeinsam an einem Strang zu ziehen, können wir aber ganz gewiss viel bewirken, um die Menschen, die wir hier

brauchen, auf die Vorzüge unserer Region aufmerksam zu machen. Hier müssen wir besser sein als alle anderen, mit denen wir ja letztlich um die gleichen Köpfe konkurrieren.

Wie ich überhaupt meine, dass wir konventionelle und auch unkonventionelle Methoden brauchen, um nicht nur in der näheren Umgebung auf die Vorteile des Standortes Osnabrück aufmerksam zu machen. Ich weiß, dass solche Maßnahmen viel Geld kosten, aber ich bin ebenso sicher, dass dieses Geld richtig angelegt ist, auch wenn man das Ergebnis nie vollständig evaluieren kann.

Aber stellen Sie sich vor - und programmieren Sie Ihre Recorder:

In diesem Jahr werden zwei Spielfilme in der ARD zur besten Sendezeit gezeigt, deren Handlung in Osnabrück angesiedelt ist. Diese Filme haben uns nahezu nichts gekostet, zeigen aber Maria Furtwängler, Mathias Brandt und andere vorzügliche Schauspieler vor den Kulissen Osnabrücks. Meinen Sie nicht auch, dass es im Umfeld dieser Spielfilme geschickt wäre und Effekte verstärken würde, für Osnabrück mit einer überregionalen Imagekampagne zu werben? Den Steilpass, den uns diese Spielfilme liefern, sollten wir nicht ungenutzt an uns vorübergehen lassen – so wie wir auch damals die Chance nicht haben verstreichen lassen, als sich die Osnabrücker so zufrieden über ihre Stadt geäußert haben. Noch heute ist der Reim „Ich komm’ zum Glück aus Osnabrück“ ein geflügeltes Wort.

In diesem Zusammenhang ist auch die Berichterstattung über das „La vie“ zu nennen. Immerhin hat die Wochenzeitung „Die Zeit“ in einer ihrer letzten Ausgaben diesem Restaurant und seinen Kochkünsten einen großen Artikel gewidmet. Nur wenige Ausgaben später folgte ein weiterer Hinweis: Im Wirtschaftsteil dieser Wochenzeitung wurde die Frage gestellt, was Deutschlands Topmanager wirklich bewegt. In diesem Zusammenhang wurde abermals das „La vie“ in Osnabrück als ein Ort erwähnt, wo sich besagte Klientel besonders gern trifft. Das ist gut für das Zwei-Sterne-Restaurant, aber auch gut für Osnabrück, denn wir können schon stolz darauf sein, dass mitten in der Altstadt eines der besten Restaurants von ganz Deutschland seine Künste anbietet.

Das „La vie“ ist ein kleines Beispiel dafür, wie sich ein Bild aus vielen Mosaiksteinen, heute würde man wohl sagen, „Pixel“ zusammensetzt. Das „La vie“ trägt im Bereich seiner Zielgruppe ebenso zur Imagebildung Osnabrücks bei wie zum Beispiel das Nussbaum-Haus, die Städtischen Bühnen, unsere Museen oder auch der VfL mit ihren beziehungsweise

seinen Besuchern und Anhängern. All das macht zusammen die Attraktivität eines Oberzentrums aus, das nicht Metropole ist:

Was hier zur Geltung kommt, muss anderenorts um Aufmerksamkeit kämpfen. Was hier der Anziehungskraft des Standorts und der Vielfalt zugute kommt, ließe das Licht anderenorts nur unmerklich heller scheinen.

Meine Damen und Herren,

was die Lebensqualität angeht, müssen im Zentrum unserer Bemühungen die Familien stehen: dies im Hinblick sowohl auf die demographische Entwicklung als auch auf die Bildungsproblematik. Was den ersten Aspekt angeht, wissen wir alle, dass Familien ganz rational entscheiden und dorthin gehen, wo die für sie günstigsten Lebensbedingungen sind. Das sind individuelle Prozesse, die auch den Zyklen des Zeitgeistes unterworfen sind: Wir stehen am Anfang einer Renaissance des Wohnens in der Stadt. Aber es ist eine Wiedergeburt unter anderen Vorzeichen. Die Menschen werden - überwiegend jedenfalls - nicht wieder so in den Städten leben wie zu Zeiten der industriellen Revolution und auch nicht mehr auf übergroßen Grundstücken, die bezahlt und gepflegt werden müssen.

Insofern stehen die Kommunen auch hier in einem Wettbewerb um Menschen, die noch gar nicht geboren worden sind. Günstiges Bauen für Familien ist ein wichtiger Hebel, um Familien in die Stadt zu locken und auch an die Stadt zu binden. Wie sich die Familien entscheiden, ist letztlich ihre Sache. Wir können aber günstige Rahmenbedingungen schaffen, die die Entscheidungsfindung entsprechend günstig beeinflussen. Und wir müssen das jetzt tun. Die frei werdenden Flächen der britischen Streitkräfte werden nicht plötzlich, in makellosem, bebaubaren Zustand zum Zeitpunkt X zur Verfügung stehen. Das wird Jahre brauchen. Und es werden längst nicht alle Flächen für Wohnbebauung genutzt werden können oder dürfen. Wenn wir bis dahin nicht im Wettbewerb um Ansiedlung von Neu-Osnabrückern und das Hier-Halten von Osnabrückern aussichtsreich vertreten sein und als attraktiver Standort wahrgenommen werden, an dem sich gerade Familien, aber auch Ältere niederlassen können, werden wir den Anschluss verlieren.

Was die Bildungsproblematik angeht, müssen wir konstatieren, dass trotz aller Bemühungen bildungsferne Schichten - offensichtlich und statistisch belegt - durch unsere Bildungsangebote schlecht, vielleicht sogar immer schlechter, erreicht werden. Es gibt zwar

zahlreiche Kinder, die unglaublich gut vorbereitet, vielseitig interessiert, musikalisch und sprachlich sehr gewandt der ersten Klasse entgegenstreben. Zugleich wird aber beobachtet, dass immer mehr Kinder ganz offensichtlich den Erwartungen der Grundschule nicht entsprechen. Dass Kinder dort oftmals das erste Mal in ihrem Leben ein Buch in die Hand bekommen. Das Erschreckende dabei ist auch: Die durchschnittlich Begabten werden immer weniger, so dass an ihrer Stelle eine tiefe Kluft entsteht, die von Lehrern und Schülern kaum überbrückt werden können. Was im Kindergarten und in der Grundschule versäumt wird, kann nur mit großem Aufwand und begrenzten Erfolg später nachgeholt werden. (Stichwort Kürzung „Frühförderung“). Diese Beobachtung können wir zum Ausgangspunkt einer bildungspolitischen Initiative auf lokaler Basis machen. Es ist zum Beispiel einfach nicht hinnehmbar, dass allein in Osnabrück über 4000 Kinder in so genannten Hartz-IV-Familien leben, die, sofern wir nicht vermittelnd eingreifen, kaum Chancen haben, durch unser Bildungssystem ein selbstständiges Leben zu führen. Das gleiche gilt selbstredend für alle Kinder, ganz gleich, welchen sozialen oder familiären Hintergrund sie haben.

Und es ist ohne Alternative, unsere Bemühungen um Integration von Kindern mit Migrationshintergrund noch zu verstärken. Die Friedensstadt Osnabrück hat hier schon viel erreicht, aber noch lange nicht genug. Jedes einzelne dieser Kinder hat das Recht, seinen Fähigkeiten und Begabungen entsprechend ausgebildet und gefördert zu werden. Und wir müssen die Einsicht haben, dass unsere Gesellschaft jedes gut ausgebildete Kind brauchen wird, um unsere Zukunft zu meistern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Demographische Entwicklung und Bildung lassen aber auch unsere Kulturinstitute nicht unberührt, auf die wir selbstbewusst durchaus sehr stolz sein können. Diese haben in den vergangenen Jahren so viel Kraft getankt, dass mir um ihre Zukunft dann nicht bange ist, wenn sie sich auch selbst um ihre Zukunft kümmern. Denken Sie nur an die großartige Resonanz auf das Osnabrücker Theater mit seinem spektakulären Festival „Spieltriebe“, mit dem Holger Schulze seine Intendanz startete. Denken Sie auch an die vielen fast überschwänglichen Reaktionen auf die Gründung des Kinder- und Jugendtheaters OSKAR, das auch in den überregionalen Medien als vorbildlich dargestellt wird. Aber denken Sie auch an das Felix-Nussbaum-Haus, dessen Kapazitätsgrenzen während der Jubiläumsausstellung „Zeit im Blick“ deutlich geworden sind, so dass wir heute Planungen forcieren, um die Infrastruktur des Museums – Eingangsbereich, Service, Kartenverkauf – zu verbessern.

Zurzeit bereitet das Felix-Nussbaum-Haus eine Ausstellung für das Jahr 2008 vor – das Jahr seines 10-jährigen Bestehens -, die sich mit jüdischer Kunst im 20. Jahrhundert beschäftigt: ein, wie ich finde, ambitioniertes Projekt, das vorzüglich zum 10-jährigen Bestehen des Museums passt. Ich bin sicher, dass Anlass und Ausstellungskonzept ausgezeichnet zusammenpassen, so dass wir wieder viele Besucher erwarten dürfen.

Ich bin gespannt, ob der von mir angeregte Kulturgipfel, der für dieses Jahr vorbereitet wird, weiterführende Anregungen liefert. Ohne der notwendigen Diskussion vorzugreifen, müssten die Beteiligten meines Erachtens darüber sprechen, ob und wie wir unsere Potenziale besser nutzen können: Wie zum Beispiel Kulturgeschichtliches Museum, Felix-Nussbaum-Haus und Kunsthalle Dominikanerkirche die Gunst ihrer Nähe stärker nutzen, um zu einer intensiveren Kooperation zu kommen. Wir müssen doch alles dafür tun, dass die Besucher – vor allem auch die, die von auswärts kommen – möglichst alle drei Häuser besuchen. Warum eigentlich nicht auch über eine engere Kooperation zwischen Erich-Maria-Remarque-Friedenszentrum und Felix-Nussbaum-Haus nachdenken? Remarque war ja ein ambitionierter Kunstsammler mit feinem Gespür für Qualität. Seine Sammlung ist inzwischen in alle Welt verstreut. Wenn es uns aber gelingen würde, wenigstens Teile dieser Sammlung in Osnabrück zu zeigen, dann könnten wir ein Ausstellungsereignis kreieren, das weit über unsere Region hinaus Ausstrahlungskraft hätte.

Beschäftigen könnte sich der Kulturgipfel auch mit der Frage, ob und wie ein Kulturkalender für ein Jahr aufgestellt werden kann. Vielleicht unter dem Dach eines gemeinsamen Themas, unter dem die verschiedenen Kunstformen und –angebote zusammengeführt werden.

Meine Damen und Herren,

bei allem was wir mit unserer kulturellen Infrastruktur machen, brauchen wir ein anspruchsvolles Programm, das die Aufmerksamkeit der Medien und der Besucher auf sich zieht. Dabei sollten wir durchaus auch populär sein. So ist die Kulturnacht eine, wenn ich so sagen darf, „Marke“, die nicht anders als populär sein kann, wenn sie denn auch in Zukunft für eine Nacht tausende von Menschen aus Stadt und Region anlocken soll. Wir brauchen die Medien, die solche Projekte vermitteln. Wir brauchen aber auch den Mut und das Selbstbewusstsein zur Diskussion – auch mit den Medien. Dass Kritiker kritisieren, ist sicherlich keine Krankheit, sondern eine Selbstverständlichkeit. Ich finde: Wir sollten mit der völlig legitimen kritischen Berichterstattung selbstverständlicher umgehen und die Diskussion

nicht nur von, sondern auch in den Medien erwarten. Das würde einer Zeitung, der Öffentlichkeit, aber auch der Kultur gut tun. Denn ehrlich gesagt: Kultur ohne kritische Diskussion, so sehr sich diese bisweilen auch vergreift, kann ich mir nicht vorstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir werden uns aber in Zukunft nur mit diesen Themen beschäftigen können, wenn wir auch die Themen der Stadtentwicklung nicht aus dem Blick verlieren. So brauchen wir am Neumarkt eine pragmatische Lösung für die Erfordernisse der Infrastruktur und des Einzelhandels. Wir müssen uns mit der Johannisstraße beschäftigen, die von der dynamischen Entwicklung der Innenstadt nicht abgehängt werden darf, sondern aufgewertet wird, dabei aber auch ihr eigenes Profil und ihre eigene Rolle finden muss. Wir müssen uns außerdem mit dem Jürgensort befassen, der als Zugangsachse zur Kamp-Promenade zurzeit nur eine – bestenfalls - suboptimale Qualität hat. Wichtig ist auch, dass wir die Voraussetzungen für eine Großveranstaltungshalle schaffen, in der sowohl Konzerte als auch größere Sportveranstaltungen stattfinden können. Der nächste Landessporttag sollte unter anderen Rahmenbedingungen stattfinden. Dass der Ringlockschuppen für diesen Zweck einen ganz besonderen Charme hätte, brauche ich an dieser Stelle sicher nicht weiter zu begründen.

So sehr wir also die Entwicklung der Innenstadt fördern müssen, so dürfen wir andererseits die Stadtteile nicht aus dem Blick verlieren und sie gezielt in ihrer Entwicklung fördern. Auch hier gilt: Gleiches muss mit Gleichem verglichen werden. Jeder Stadtteil muss sich im Rahmen seiner Möglichkeiten entwickeln. Wohnqualität und Nahversorgung müssen dabei im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen.

Meine Damen und Herren,

die Ortsräte sind inzwischen endgültig abgeschafft und durch Bürgerforen ersetzt worden, die mit Beginn dieses Jahres flächendeckend eingeführt werden. Erlauben Sie mir bitte diese Gelegenheit zu nutzen, um mich bei allen ehemaligen Ortsratsmitgliedern zu bedanken, die sich zum Wohle ihres Stadtteils in den Ortsräten engagiert haben. Ich möchte mich

außerdem bei allen bedanken, die sich ehrenamtlich für Sport, Kultur und im sozialen Bereich engagiert haben.

Aber auch die Politik möchte ich nicht vergessen. Zum Wechsel der Ratsperiode sind über 20 Ratsmitglieder nach teilweise jahrzehntelanger politischer Arbeit im Rat und seinen Gremien ausgeschieden. Sie alle haben durch ihr uneigennütziges Engagement unser demokratisches Gemeinwesen gestärkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es wird ein arbeitsreiches Jahr, das nach meiner Überzeugung den Grundstein legen wird für die Entwicklung der nächsten Jahre. Ein Jahr, in dem wir gemeinsam unser Politikverständnis überdenken und den Notwendigkeiten anpassen können.

Und es wird hoffentlich auch ein schönes und erfreuliches Jahr, in dem wir vielleicht auch eine sommerliche Maiwoche und den Aufstieg des VfL in die Zweite Liga und feiern können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wünsche Ihnen und allen Bürgerinnen und Bürgern ein gutes, erfolgreiches und vor allen Dingen friedliches Jahr 2007 und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Gemeinsames Händereichen

Sehr geehrte Damen und Herren,

bevor wir uns gleich gemeinsam die Hände reichen, gestatten Sie mir noch einige kurze Anmerkungen zur Tradition des Handgiftentages und insbesondere zur Tradition des „Händereichens“, und zwar deshalb, weil heute unter uns zahlreiche Personen sind, die zum ersten Mal an einem Handgiftentag teilnehmen, und zwar sowohl Ratsmitglieder als auch Hinzugewählte in den Ratsausschüssen sowie Damen und Herren aus den verschiedenen Werksausschüssen.

Die Entstehung des Handgiftentages, niederdeutsch: „handgiftendach“, ist mit den Ursprüngen der städtischen Selbstverwaltung eng verbunden und wird in vielen Städten Norddeutschlands seit Jahrhunderten begangen. Bereits in der aus dem Jahre 1348 in mittelalterlicher niederdeutscher Sprache überlieferten Sate, der Verfassung der Stadt Osnabrück, wird beschrieben, dass sich die an den damals jährlichen Ratswahlen beteiligten Wahlmänner die Hände als Zeichen guter und ehrbarer Absichten zum Wohle des Gemeinwesens reichten. So heißt es in der Sate zum Handgiftentag – und ich übersetze in neuhochdeutsch: „...Ein jeder unserer Bürger, der eine eigene Herdstelle innerhalb Osnabrücks hat, ohne diejenigen, die in dem Rat gesessen haben, soll alljährlich am Tag nach Neujahr auf das Rathaus gehen, wo man die Schöffen (Ratsherren) wählen soll, sobald die Glocke läutet. Wer das nicht tut, den soll man mit drei Schillingen Osnabrückischer Münze bestrafen, wie es der Stadt altes Recht ist“.

Ursprünglich fand der Handgiftentag jeweils am 2. Januar des neuen Jahres statt. Anno 1689 fiel der Wahltag – also Handgiftentag – auf einen Sonntag. Aus diesem Grunde versammelten sich sehr viel mehr Bürgerinnen und Bürger im Rathaus als auf einem normalen Werktag. Der Fußboden des ehrwürdigen Gebäudes hielt diesem Andrang nicht stand, er brach ein, und es gab zahlreiche Verletzte. Von diesem Zeitpunkt an wurde der Handgiftentag auf den 3. Januar verlegt, und seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts ist es üblich, den Handgiftentag jeweils am ersten Werktag eines neuen Jahres zu begehen.

Dieses alles lässt sich nachlesen in den Chroniken der Stadt. Dort wird zum Beispiel auch berichtet, dass auch schon damals Ratsmitglieder zwar wie heute kein Gehalt bekamen, sondern auf Gebühren und Geschenke angewiesen waren.

Gut, dass sich die Zeiten geändert haben. Zu den Sitzungen lieferte die Stadt auch Wein – schade, dass sich die Zeiten geänderten haben.

Aber zurück zum Handgiftentag:

Der Handgiftentag – also die Ratswahl - war über fünf Jahrhunderte der Höhepunkt des bürgerlichen Lebens in der Stadt. In der Biographie Heinrich Davids Stüve – 1. Bürgermeister von 1804 bis 1813 – heißt es dazu:

„Nachdem am Ende des Jahres die verschiedenen Rechnungen des Rates und am Neujahrmorgen die Lohnrechnung bei süßem Wein und Gewürz vor den Ständen verlesen worden waren, war das Amt des Rates beendet. Am 2. Januar frühmorgens versammelte man sich wieder im Rathaus. Die Stadttore blieben geschlossen, kein Bürger durfte die Stadt verlassen, die Schützen waren auf dem Rathaus unter den Waffen. Auf dem Saale des neuen Rathauses trat nun der Rat unter der Krone zusammen und verweilte daselbst bis zur Kirchzeit; was hier geschah, war ein Geheimnis, das die Bürger mit großer Ehrfurcht betrachteten und keiner je verraten hat. Dann ging unter dem eigentümlichen Geläut der Sturmglocke der Rat im Zuge in die Marienkirche zwischen den Reihen der Schützen durch. Nach der Wahlpredigt, die von alters her nicht selten die Fehler des Rates streng gerügt hatte, zog man in gleicher Zahl aufs alte Rathaus, wo das Volk sich versammelte, mit großem Ergötzen am Verlesen der alten plattdeutschen Sate - was ich Ihnen heute erspare -. Der Rat trat nun an einem runden Tisch am unteren Ende des Saals über der Legge. Nachdem mit feierlicher Anrede der erste Bürgermeister das Geschäft eröffnete, las der Sekretär aus dem Stadtbuche die Sate 1348 vor. Dann nahm der erste Bürgermeister die drei Würfel und warf zuerst einen Wurf. Der Sekretär zählte die Augen und schrieb die Zahl vor den Werfenden auf den Tisch.

Hier erlaube ich mir, abzukürzen:

Die beiden Ratsherren mit der höchsten und der niedrigsten Zahl mussten abtreten und in die Küche gehen, wo sie den ersten „Kür“ vollzogen, d.h. 16 ratsfähige Bürger, vier aus jeder Laischaft, wählten. Diese 16 „Kürgenossen“ wurden benachrichtigt und herbeigeholt. Sie versammelten sich und wählten weitere 16, die ebenfalls verständigt und ins Rathaus geholt wurden. Beim Eintreten dieser und dem Heraustreten der ersten 16 Wahlmänner gaben sich diese unter der Tür einzeln die Hand. Dies sollte symbolisch die Weitergabe der großen Verantwortung des jeweiligen Wahlmannes der ersten Kür auf den ihm begegnenden der entscheidenden zweiten Kür vor allen anwesenden Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen:

Denn die gesamte Wahlhandlung beruhte auf einem hohen Maße an mitbürgerlichen, an bürgerschaftlichen Vertrauen.

In diesem Sinne, in diesem besonderen und tieferen Sinn darf ich Sie jetzt bitten, sich gegenseitig die Hände zu reichen, in dem Bewusstsein um die Verantwortung, die wir gemeinsam tragen und der wir nur gemeinsam gerecht werden können.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen noch einmal ein gesundes und friedliches Jahr 2007.